

Bürgerschaftswahl im Bundesland Bremen

Christiane Fritzsche

Am 25. Mai 2003 fand im kleinsten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, in Bremen, die „Landtagswahl“ statt. Bremen hat insgesamt 659.651 Einwohner. Die Besonderheit dieses Stadtstaates besteht darin, dass es ein Landesparlament gibt und daneben die „Stadtbürgerschaft“ Bremen (540.950 Einwohner) sowie den Wahlbereich der Stadt Bremerhaven (118.701 Einwohner) mit der Stadtverordnetenversammlung, die als solche erst am 28.9.2003 gewählt wird.

Das Bremer Landesparlament hat nach der Wahlrechtsreform von 2001 83 Sitze. Einen Sitz erhält die Partei, die entweder in der Stadtbürgerschaft oder im Wahlbereich Bremerhaven die 5%-Hürde überwindet. Dies bedeutet, dass es für einen Sitz im Landesparlament auch reicht, allein in Bremerhaven 5% der abgegebenen Stimmen zu erhalten. Diese Regelung half bislang natürlich den kleinen Parteien, hier vorzugsweise der rechtsradikalen DVU.

Bundespolitisch bedeutsam schien die Bremer Wahl vor allem angesichts des dramatischen demoskopischen Tiefs der SPD im Mai 2003 zu sein. Würde hier dieser Trend offenbar werden oder würde er gebrochen?

Bremen gilt als SPD-Hochburg. Ausgehend von ca. 40% in den Jahren 1947 bis 1951 hielt sich die SPD mit Ausnahme von 1967 stets bei 50%, z.T. höher. Wiederholt regierte sie alleine. 1991 erreichte die SPD nur 40%, die sie 1995 sogar unterschritt und 1999 wieder leicht übertraf.

Die CDU erreichte erst 1963 über 20% und zog 1995 erstmals mit der SPD gleich. Ihr bestes Ergebnis erreichte sich 1999.

Die Grünen erhielten seit 1987 steigende Stimmenanteile. 1999 erlitten sie wiederum große Verluste. Die FDP konnte die 5% Hürde nur in Bremerhaven nehmen, ebenso wie die DVU, die dort in den letzten Wahlen höhere Prozentzahlen erzielte.

Bezeichnend für Bremen – dabei speziell für Bremerhaven – ist der große Anteil „Sonstiger“ an den Wahlen. Er lag nach 40% im Jahr 1957 nie unter 5%.

Während der Stimmenanteil der SPD bei den Landtagswahlen z.T. erhebliche Veränderungen aufwies, zeigte er sich bei den Bundestagswahlen relativ stabil, auch entgegen dem Trend. Die CDU erlitt bei der letzten Bundestagswahl 2002 große Verluste. Die FDP verpasste die 5% Marke, die Grünen gewannen dagegen 15%.

Einen Unterschied zwischen Bundestags- und Landtagswahlen gibt es auch bei der Wahlbeteiligung. An den Bundestagswahlen beteiligten sich um 80% der Wähler, bei den Bürgerschaftswahlen ging die Beteiligung stetig zurück und lag zuletzt (1999) bei knapp über 60%.

Die „Prognosen“ vor der Wahl sahen im wesentlichen das Wahlergebnis von 1999 bestätigt. Die Grünen würden weiter zunehmen und ein zweistelliges Ergebnis erreichen können. Die FDP würde wieder nicht in die Bürgerschaft kommen. Bürgermeister Henning Scherf lag in den Prognosen mit mehr als 68% weit an der Spitze. 14 Tage vor der Wahl ergaben sich für die SPD 38%, die CDU 36%, die Grünen 14%, FDP 5% und sonstige 7%. Die Spitzenposition des „Präsidenten des Senats“ (Bürgermeister) Henning Scherf blieb erhalten. Der Anteil der Unentschlossenen lag noch bei 46%.

Die große Koalition aus SPD und CDU wurde weiterhin von der Mehrheit der Wähler favorisiert. Allerdings war die CDU nach den Prognosen so nah an die SPD herangerückt, dass ein Sieg über die SPD nicht ausgeschlossen schien. Das brachte sie in eine paradoxe Situation. Siegte sie, dann war ziemlich sicher, dass sie in die Opposition gehen musste. Dann nämlich würden SPD und Grüne den neuen Senat bilden. Überdies ließ der beliebte SPD-Bürgermeister Henning Scherf in den letzten Tagen vor der Wahl ausdrücklich wissen, dass er als Juniorpartner nicht mehr für eine große Koalition zur Verfügung stehen werde. In diesem Fall würde also ein anderer die in der Partei durchaus gewünschte rotgrüne Koalition führen. So musste die CDU einen Wahlsieg geradezu fürchten! Einer ihrer Slogans lautete auch: „Wer Henning (Scherf) will, wählt CDU“. Das wiederum schloss für sie die Gefahr ein, dass auch ihre Wähler lieber gleich das Original (Scherf, SPD) wählten.

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 25.5.2003

	SPD	CDU	Grüne	FDP	DVU	Schillpartei	Sonstige
Stimmen (%)	42,3 (-0,3)	29,9 (-7,2)	12,8 (+3,8)	4,2 (+1,7)	2,3 (-0,7)	4,3	4,2 (+0,8)
Sitze	40	29	12	1 (Bremerhaven)	1 (Bremerhaven)	–	–
Land Bremen							
Stimmen (%)	43,4	29,5	13,5	3,9	1,4	4,2	4,1
Stadtbürger- schaft							
Bremerhaven	36,9	31,8	8,9	5,7	7,1	4,8	4,8

Die Wahlbeteiligung betrug 61,4%.

Das Wahlergebnis wurde generell als großer Sieg von Bürgermeister Henning Scherf, nicht der SPD, interpretiert. Ihr Wahlkampf hatte sich ganz auf landespolitische Themen konzentriert. Die SPD verzichtete sowohl auf bundespolitische Themen als auch auf die Teilnahme der Bundesprominenz am Wahlkampf. Darin unterschied sie sich deutlich von den anderen Parteien. Denn die FDP hatte z.B. für das Wochenende vor der Wahl sogar einen wichtigen Bundesparteitag nach Bremen einberufen. Die SPD versuchte einen „bürgernahen“ Wahlkampf zu führen. Allerdings vermied sie eine Profilierung gegen die rot-grüne Koalition in Berlin.

Die große Koalition von SPD und CDU fand durch die Wahl ihre Bestätigung. Die seit nun drei Legislaturperioden geltende Begründung, nämlich die außerordentlich prekäre Finanzlage des Stadtstaates, der u.a. auf Sonderzahlungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs mit einer Ablauffrist angewiesen ist, und die Überzeugung, dass die Krise nur unter Konzentration auf die beiden wichtigsten Parteien, ohne Expe-

rimente, bewältigt werden könne, wurde offensichtlich akzeptiert. Hinzu kam eine Art „Ampel-Trauma“ (die mißlungene Koalition von SPD, FDP und Grünen in den neunziger Jahren), weshalb sich auch CDU-Wähler angesichts seiner klaren Koalitionsaussage für Scherf entschieden. Der Zugewinn der Grünen zeigte allerdings jetzt an, dass der Wunsch nach einer Alternative zur großen Koalition stärker geworden war. Denn zahlenmäßig konnten die Parteien der großen Koalition nicht zulegen.

Die Verluste der CDU haben es der SPD ermöglicht, ihren Stimmenanteil zu halten. Genauere Untersuchungen der Stimmverschiebungen nach Infratest dimap (Weser-Kurier vom 27.5.2003) ergaben, dass die SPD etwa 1000 Wähler an die Grünen und 4000 an Splitterparteien verloren hatte. Dazu gewonnen hat die SPD rund 5000 Stimmen von ehemaligen Nichtwählern. Andererseits haben rund 7000 potentielle CDU-Wähler Wahlverzicht geübt. 2000 Stimmen gingen an die FDP und 3000 an Splitterparteien. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass gerade in den bürgerlichen Wahlbereichen die CDU teilweise dramatisch gegenüber SPD und Grünen verloren hat. Der Anteil von über 60-jährigen Frauen, die einen erheblichen Teil der Wählerschaft für Scherf darstellten, ist dort sehr hoch. Der Verlust der CDU war fast immer zweifellos, erreichte nahezu 15 Prozentpunkte, und zwar zugunsten von SPD und Grünen. In den „alternativen“ city-nahen Bezirken zogen die Grünen mit der SPD gleich und die CDU wurde nur noch drittstärkste Partei. Die Grünen mobilisierten vor allem Nichtwähler. Die FDP profitierte dazu von ehemaligen Wählern. Am Rande sei vermerkt, dass die erstmals antretende Partei des Hamburger Innensenators Schill („Schill-Partei“) immerhin aus dem Stand durchweg über 4% erreichte und mit 4,8% in Bremerhaven fast ebenso wie FDP und rechtsradikale DVU einen Sitz erobern hätte.

Was bedeutet die Wahl in Bremen? Sie brachte landespolitisch einerseits die Bestätigung einer großen Koalition in Zeiten der Krise, andererseits aber zugleich Anzeichen für die wachsende Skepsis gegenüber einer solchen Koalition. Die theoretischen Argumente zu einer großen Koalition – sie müsse die ultima ratio sein, dürfe kein Dauerzustand werden, führe zum Stillstand und überlasse die Ränder den extremistischen Parteien – wurden noch nicht negativ bestätigt. Allerdings deutet sich ein Ende an. Es könnte mit den Ausscheiden von Bürgermeister Scherf kommen. Desweiteren zeigte sich, dass der Juniorpartner der großen Koalition keinen erkennbaren Nutzen für sich erzielen konnte, ja verlor. Dies muss nicht unbedingt als typischer Verlauf angesehen werden; das Gegenbeispiel ist die große Koalition im Bund von 1966 bis 1969 mit der SPD als Juniorpartner, die nach der Wahl mit Willy Brandt die Regierung übernahm. Bundespolitisch kann die SPD vielleicht aufatmen, weil trotz des demoskopischen Tiefs dieser Parteien kein weiterer dramatischer Verfall erfolgte. Aber sie kann auch kaum ein Verdienst für den Wahlsieg für sich als Partei in Anspruch nehmen. Zu stark wirkte der Persönlichkeitsfaktor Scherf. Das wiederum darf die CDU trösten, die trotz des Verlustes von 7% keineswegs als ganz großer Verlierer dasteht; zu stark wirkten die Bremer Besonderheiten. Genau sie aber – das Pro und Contra der großen Koalition in der Wählermeinung – könnten die Diskussion über Nutzen und Frommen einer solchen Koalition auch auf Bundesebene und in anderen Bundesländern angestoßen haben.

